

Pro Libertate – Hauptversammlung 15. März 2014

Welche Schweiz in welchem Europa?

Herzlichen Dank an die Vereinigung Pro Libertate für die Einladung, zu einem Thema zu sprechen, das unser Land seit einiger Zeit umtreibt: die Schweiz und Europa. Es ist für mich eine Ehre, Gast einer Vereinigung zu sein, die so grundlegende Werte und Ideale propagiert: Freiheit, Demokratie, Menschenwürde. Das sind Werte und Ideale, die in der Vergangenheit bedroht und missachtet wurden – in Europa, nicht in der Schweiz – und die heute in einem neuen, gleichsam hinterhältigen Kontext mit Überzeugung vertreten zu werden verdienen.

Welche Schweiz in welchem Europa? Diese Frage stellen wir uns seit mindestens einem Vierteljahrhundert: seit dem Fall der Mauer im Jahre 1989, seit der Schaffung des gemeinsamen europäischen Marktes im Jahre 1992, seit der damaligen heftigen Auseinandersetzung in unserem Land über den europäischen Wirtschaftsraum. Und wir stellen sie uns heute, nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014, umso dringlicher.

Welche Schweiz in welchem Europa? Die Frage ist schon schwierig und die Antwort noch viel schwieriger, gerade in diesen Jahren der Spannungen und Angespanntheiten. Oder besser: die Antwort wäre für uns Freigeister eigentlich ziemlich einfach: wir hätten gerne eine freie und souveräne Schweiz in einem Europa, das möglichst viel Freiheit in jedem Feld menschlicher Tätigkeit gewährleistet. Dies ist unser Ideal.

Die Wirklichkeit ist von diesem Ideal freilich sehr weit entfernt, ja, zu weit davon entfernt. Dennoch ist dies die Lebenswelt, in der wir tätig sind und uns tagtäglich bewegen. In dieser Wirklichkeit müssen wir denken und handeln, mit dieser Wirklichkeit müssen wir rechnen.

Ein rascher historischer Überblick

Ihre Vereinigung wurde 1956 gegründet. Sie entstand unter dem Eindruck der dramatischen Ereignisse in Ungarn, als der sowjetische Totalitarismus das Freiheitsstreben des ungarischen Volkes gewaltsam abwürgte. Nur elf Jahre waren vergangen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, aus dem Europa entkräftet, zerstört und vor allem zweigeteilt hervorging: auf der einen Seite die liberalen Demokratien, auf der anderen Seite jene Länder, die dem System der Einheitspartei und der Planwirtschaft unterworfen waren. Das freie Europa verfolgte ohnmächtig die Ankunft der Panzer der roten Armee in Budapest und die Unterdrückung des Aufstands der Ungaren. Dieses

Europa hatte ebenso drei Jahre zuvor, 1953, untätig zugeschaut, als Arbeiterbewegungen und der Aufstand in Ostberlin stattfanden - Proteste, die ebenfalls von sowjetischen Truppen zum Schweigen gebracht wurden.

Diese Tatsachen führten allen vor Augen, dass der Kampf für die Freiheit alles andere als abgeschlossen war: ein Totalitarismus mit allen seinen Gräueln war besiegt worden; ein anderer hingegen war mit seiner eisernen Faust noch äusserst gegenwärtig auf dem alten Kontinent. Diese Schlacht musste erst noch geschlagen werden, auf der Ebene der Ideen, auch innerhalb unserer Gesellschaft. Denn die sozialistische Utopie wurde auch in den demokratischen Ländern gepflegt. Politiker und Intellektuelle schauten mit Bewunderung nach Osten als würden sie da auf ein zu verwirklichendes Modell treffen, das dem liberal-kapitalistischen vorzuziehen sei. Sie weigerten sich, das zutiefst freiheitsfeindliche Wesen jenes Systems zu sehen. In den Ländern des freien Europa hatten wir während vieler Jahre kommunistische Parteien, die damals eng an die Sowjetunion gebunden waren: denken wir nur an Italien oder Frankreich.

Nach Berlin von 1953 und Budapest von 1956 fand im Jahre 1968 der Prager Frühling statt, nach demselben Drehbuch und mit demselben tragischen Ausgang. Paradoxerweise war es das freie Europa, das, nachdem ein weiteres Mal das Freiheitsstreben eines unterdrückten Volkes im Keime erstickt worden war, von jenem Moment an eine Welle an Protesten und Revolten erlebte. Es braucht hier nicht besonders erwähnt zu werden, was die Bewegung von 1968 in unseren Ländern mit sich brachte. Es reicht, darauf hinzuweisen, dass sie sich, trotz libertären Impulsen, und trotz anfänglicher freiheitstrebender Ansätze sehr früh in einen regelrechten Angriff auf einige Pfeiler der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft verwandelte – einen Angriff, der im Zeichen der ideologischen Unerbittlichkeit geführt wurde. Dieser Angriff mündete sogar in den bewaffneten Kampf einiger Gruppierungen, die sich ursprünglich innerhalb der Bewegung entwickelt hatten, und erreichte den Höhepunkt während der Zeit des Terrorismus: Wir erinnern uns alle an die unmenschlichen Verbrechen, die von der Roten Armee Fraktion in Deutschland oder den Brigade Rosse in Italien verübt wurden. Ein Gutteil der intellektuellen Klasse nahm in jenen Jahren eine zumindest zweideutige, nachsichtige Haltung gegenüber dem eigenen Terrorismus ein – einige sympathisierten mit ihm und sahen sich gar als dessen Komplizen.

Vielleicht wissen nicht alle unter Ihnen, dass es in den 1970er Jahren in Italien Intellektuelle erstes Ranges gab, die sich den Slogan "Weder mit dem Staat, noch mit den Brigade Rosse" zueigen machten. Damit sagten sie implizit, dass die Vereinigungen, die die Theorie des bewaffneten Kampfes verfochten und praktizierten, dass also der Terrorismus mit seinen kranken politischen Zeichnungen auf derselben Ebene

anzusiedeln sei wie die demokratischen Institutionen, die zur Tat schritten, um jene Gewalt zu beseitigen, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und deren Freiheit zu schützen.

Die Auseinandersetzung zwischen dem freien Europa und jenem Europa, das von der Sowjetunion unterjocht wurde, erreichte den Höhepunkt in den 1970er und den 1980er Jahren, mit den Euromissiles. Auch hier will ich nicht auf die Einzelheiten eingehen, weil uns dies von unserem Thema wegführen würde. Erinnern wir uns nur daran, dass die Sowjetunion die SS-20 auf die Städte und sensiblen Ziele Westeuropas richtete und dass die Nato die Gefahr eines Angriffs, der alles andere als bloss theoretischer Natur war - wie spätere Dokumentationen zeigten -, nur durch ihre Standfestigkeit bannen konnte, indem sie in den freien Ländern Europas Pershing 2- und Cruise-Raketen stationierte. Auch in diesem Fall sahen sich die westlichen Regierungen in ihrem Innern mit sogenannten pazifistischen Protestkundgebungen in den Strassen und auf den Plätzen konfrontiert.

Die Auseinandersetzung wurde nur dank der politischen Wende gewonnen, die sich in ebenjenen Jahren abzeichnete, mit der Wiederauferstehung und Wiederbelebung des liberalen Denkens und des politischen Liberalismus. Sie werden sich daran erinnern, dass in unserem Land die FDP die Wahlen im Jahre 1979 mit dem Slogan "Weniger Staat, mehr Freiheit" gewann, während in Grossbritannien Margaret Thatcher an die Macht kam, in den USA Ronald Reagan und in Deutschland kurz darauf Helmut Kohl. Last but not least - denn chronologisch gesehen war er der erste - wurde ein polnischer Kardinal, vormals Bischof von Krakau, namens Karol Wojtyla zum Papst gewählt - im Jahre 1978.

Im Laufe eines Jahrzehnts, nach den letzten Zuckungen gerade in Polen mit der Repression von Solidarnosc im Jahre 1981, führte diese Wende langsam, aber sicher zur Implosion des sowjetischen Regimes - zuerst fiel die Berliner Mauer 1989, und 1991 löste sich die Sowjetunion auf.

Dieses Jahrzehnt war zweifelsohne die gefährlichste Phase für das freie Europa, jene Phase, als der Kalte Krieg Gefahr lief, nicht bloss kalt zu bleiben, jene Phase, in der Raymond Arons These „Paix impossible, guerre improbable“ (dank dem Gleichgewicht des Schreckens) nahe dran war, von den Tatsachen widerlegt zu werden. Die grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten innerhalb der Oststaaten und der Sowjetunion im besonderen hätten Moskau dazu verleiten können, den militärischen Erstschlag zu wagen. Erst nachdem Gorbatschow 1985 an die Macht kam, wurde dieses Risiko hinfällig.

In diesem europäischen Kontext der geschichtlichen Umbrüche hielt die Schweiz an ihrem Kurs der Unabhängigkeit und Souveränität fest, gewährleistet durch die bewaffnete Neutralität. Es war alles andere als leicht, diesen Kurs durchzuziehen. Vergessen wir nicht

die wiederholten Versuche in unserem Land, die darauf abzielten, unsere Neutralität zu entwaffnen.

Nicht viele Bürger erinnern sich daran, dass die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee nicht nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Kriegs gegründet wurde, sondern zuvor, genauer: am 12. September 1982 in Solothurn. Die Sowjetunion stand noch, die SS-20 mit Nuklearsprengköpfen der roten Armee waren auf Westeuropa gerichtet, die Bewegungen von Solidarnosc waren eben erst unterdrückt worden, Lech Walesa wurde im Südosten Polens, nahe an der Grenze zur Sowjetunion, eingekerkert, der Warschau-Pakt schien noch äusserst solide, die rote Armee besetzte Afghanistan, von den Bewachungstürmen der Berliner Mauer schossen die Volkspolizisten auf die Bürger, die dem real existierenden Sozialismus zu entfliehen versuchten.

Dessen ungeachtet hätte die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee unsere Neutralität in jenen Jahren am liebsten entwaffnet und unsere Sicherheit und Freiheit aufs Spiel gesetzt. Die erste Initiative zur Abschaffung der Armee wurde 1986 lanciert; die Abstimmung fand am 26. November 1989 statt. Das Ergebnis zugunsten der Armee war überwältigend, aber wir erinnern uns nur allzu gut, wie schwierig es war, der hinterhältigen Abstimmungskampagne der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee zu begegnen; denn sie zielte einzig darauf, Zweifel in der Bevölkerung zu säen, um die Bürger dazu zu bewegen, gegen die Armee Stellung zu beziehen. Am Ende stimmte ein Drittel der Stimmbevölkerung der Initiative zu, während sie zwei Drittel verwarfen.

Das Europa, das sich integriert

Ich bitte um Nachsicht dafür, dass ich mit wenigen und raschen - und gewiss auch unvollständigen - Pinselstrichen die Jahre dargestellt habe, die jener Phase vorausgingen, in der die europäische Frage zum grossen Thema wurde - es ist dies die Phase, die bis heute andauert. Doch ist es wichtig, sich das allgemeine Klima zu vergegenwärtigen, in dem mit der feierlichen Deklaration der Europäischen Union von Stuttgart im Jahre 1983 der Integrationsprozess des alten Kontinents zu Beginn der 1980er Jahre neu lanciert wurde. Damals waren es nur 10 Staaten, die sich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammengeschlossen hatten: Belgien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg, Holland, Vereinigtes Königreich, Irland, Dänemark und Griechenland. Auf die Erklärung von Stuttgart folgte die Einheitliche Europäische Akte, die 1986 beschlossen wurde und am 1. Juli 1987 in der EWG der Zwölf in Kraft trat. In jenen Jahren wurde also der Integrationsprozess in Europa neu lanciert.

Wir müssen hier einen für die andauernde Debatte wesentlichen Punkt (an-)erkennen:

Zweifelloos steht am Grunde der Vorstellung eines einheitlicheren und offeneren Europa der Drang zu einer grösseren Freiheit; eine Politik, die sich auf freiheitliche Reformen gründet, auf Öffnung gegenüber dem Wettbewerb, auf der Abschaffung der Zölle und protektionistischen Barrieren, auf der Zusammenarbeit in der Verschiedenheit, und dies alles auf der Basis des zutiefst liberalen Prinzips der Subsidiarität.

Dieser lange Prozess der 1980er Jahre mündete in den Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992. Maastricht hat den Übergang vom gemeinsamen Markt zum Binnenmarkt, von der EWG zur EU gekennzeichnet. Der Vertrag von Maastricht wurde am 1. Januar 1993 wirksam und verstärkte die vier Grundfreiheiten, die der Union zugrunde liegen: freier Verkehr der Waren, der Dienstleistungen, der Personen und des Kapitals. Natürlich wissen wir gut, dass eine Sache die Werte sind, die das Fundament eines Projekts bilden, und eine andere die Umsetzung dieses Projektes: Die Diskrepanzen, Unstimmigkeiten und Widersprüche waren und sind viele, und sie sind im Falle der Umsetzung des europäischen Binnenmarktes sehr stark. Was als Ziel zum Ausdruck gebracht wurde - mehr Freiheit -, wurde durch Direktiven, Reglemente und Massnahmen konterkariert, die die Freiheiten der Bürger und der Unternehmen einschränkten, und dies umso mehr, je weiter der Integrationsprozess voranschritt. Aber auch wenn dies stimmt und hervorgehoben werden muss - es lässt sich nicht leugnen, dass am Anfang des Prozesses eine klare Wahl stand: die Wahl für mehr Freiheit.

Sie sehen also diese Überlappung zwischen einerseits den geostrategischen Veränderungen, die in den 1980er Jahren zur Befreiung Osteuropas vom sowjetischen Joch führten, und andererseits den institutionellen Veränderungen, die in denselben Jahren versuchten, das gemeinsame Europa eines freien Austauschs, noch von verschiedensten Hürden und Hindernissen geprägt, in eine echte Union überzuführen, die sich auf Freiheit und freiem Wettbewerb gründet (auch mit einer gemeinsamen Währung und der Europäischen Zentralbank). Wir befinden uns mitten in jenen entscheidenden Ereignissen auf geostrategischer Ebene, an die ich eben erinnert habe und die das politische Antlitz Europas verändert haben. Beide Prozesse wurden ich wiederhole es nochmals unzweifelhaft von der Suche nach mehr Freiheit angetrieben.

Die Schweiz im Herzen Europas

Wenn man vom europäischen Integrationsprozess spricht, ist es angezeigt, der Begriffswahl höchste Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen: Eine Sache ist Europa, eine andere die Europäische Union. Die EU ist nicht Europa. Und umgekehrt erschöpft sich Europa nicht in der EU: Europa ist eine breitere und tiefere geographische, geschichtliche, soziale, politische und kulturelle Wirklichkeit. Man kann nicht umhin, diese grundlegende

Unterscheidung zu treffen, wenn man vermeiden will, bloss darum als antieuropäisch aufzutreten – sei es unbewusst oder aus Bequemlichkeit –, weil man kritisch gegenüber der EU ist. Dieses Missverständnis gilt es zu vermeiden.

Wir Schweizer sind Europäer, wir sind voll und ganz Europäer. Die Schweiz liegt mitten in Europa - um das herauszufinden, reicht es, eine Landkarte oder ein Geschichtsbuch zu konsultieren. Wir befinden uns gleichsam im Herzen des alten Kontinents. Wir sind hingegen nicht Mitglied der EU und wollen dies auch nicht sein.

Unsere Geschichte, unsere Kulturen, unsere Sprachen sind Teil der europäischen Identität. Unser Staat mit seinen Institutionen ist hingegen unabhängig von der Organisation der Staaten der EU, unabhängig von den gemeinsamen europäischen Institutionen. Unser Bundestaat steht ausserhalb dieser komplexen Organisation.

Aber Achtung: er steht ausserhalb, ist aber nicht fern bzw. fremd. Dies ist der entscheidende Punkt. Er bringt uns zurück zur Eingangsfrage: Welche Schweiz in welchem Europa?

Am 9. Februar 2014 hat die Mehrheit der Schweizer Bürger sich für einen teilweisen Bruch entschieden. Ich weiss, dass dies ein sehr heikler Punkt ist und dass Ihre Vereinigung besonders sensibel darauf reagiert - und das ist gut so. Es handelt sich um entscheidende Aspekte für unsere Gegenwart und für unsere Zukunft als souveränes Land.

Wir können also folgendes sagen: Am 9. Februar haben Volk und Stände bekräftigt, ausserhalb der EU bleiben zu wollen. Aber sie haben ebenfalls gesagt, sie wollen sich auch ein wenig entfernen, auch ein wenig fremd sein. Es stimmt, dass, rein formal gesehen, der neue Verfassungsartikel nicht mit dem bilateralen Weg bricht, aber ebenso wahr ist, dass die Zustimmung zur Initiative der SVP ein Misstrauensvotum gegenüber den Bilateralen darstellt.

Die Schweiz hat also die Entscheidung korrigiert, die sie in jenem Augenblick traf, als die (wirtschaftliche) Europäische Gemeinschaft beschloss, mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 zur Europäischen Union zu werden. Am Ende desselben Jahres, 25 Tage bevor Maastricht in Kraft trat, hatte eine klare Mehrheit der Stände und eine knappe Mehrheit des Stimmvolkes - wobei die Stimmen aus dem Kanton Tessin massgebend waren – den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt. (Der EWR trat dann am 1. Januar 1994 als Abkommen zwischen der EU und den drei in der Europäischen Freihandelszone (Efta) verbliebenen Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen in Kraft.)

Am 6. Dezember 1992 haben wir also Nein zum Beitritt zum EWR und indirekt, implizit, Ja zum bilateralen Weg in den Beziehungen zur EU gesagt. Diese Wahl des Bilateralismus hat sich am 21. Mai 2000 mit der Zustimmung einer klaren Mehrheit des Volkes und fast aller Stände zu den bilateralen Verträgen konkretisiert.

Die Option des Bilateralismus wurde dann in allen folgenden Volksabstimmungen direkt oder indirekt bestätigt, die die bilateralen Abkommen zum Gegenstand hatten. Am 9. Februar kam es nun aber zu einer Neubesinnung.

Es ist genau diese Entscheidung, die uns noch drängender die Frage stellt: welche Schweiz in welchem Europa? Ausserhalb zu sein und nun auch ein wenig fremd. Hätten wir dem Beitritt zur EU zugestimmt, wäre die Frage "Welche Schweiz?" nicht mehr besonders sinnvoll gewesen (vielmehr hätte uns Brüssel gesagt, welche Schweiz wir umzusetzen gehabt hätten). Hätten wir uns für den Alleingang entschieden (Nein zum Beitritt und Nein zu den Bilateralen), hätte uns die Frage "In welchem Europa?" kaum oder überhaupt nicht interessiert. Wenn wir hingegen den Weg des Bilateralismus gehen und von der EU zugleich als wichtige und gewichtige Ausnahme im Bereich der Personenfreizügigkeit anerkannt sein wollen, müssen uns beide Fragen interessieren. Also heute mehr denn je: welche Schweiz in welchem Europa?

Die Antwort auf die Frage "Welche Schweiz?" ist relativ einfach: Wir wollen eine freie Schweiz, die in ihrer Verschiedenheit geeint ist. Also eine Schweiz, die auf dem Föderalismus gründet und deren Sicherheit durch die bewaffnete Neutralität gewährleistet wird. Das Problem ist der Gesundheitszustand unseres Föderalismus. Es stimmt: Wir haben ihn vor einigen Jahren mit dem Neuen Finanzausgleich und der neuen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu belebt. Doch müssen wir festhalten, dass unser Föderalismus ungeachtet dieser wichtigen Reform an drei Übeln leidet:

- a) Das erste Übel ist die übertriebene und voranschreitende Zentralisierung der Aufgaben in der Hand des Bundes; dieser Rückschritt, vom neuen Ausgleich bloss halbwegs gebremst, hat leider in den Jahren der Schuldenkrise und der EU-Staatenkrise an Fahrt gewonnen. Die Abkommen, die Kompromisse und oftmals das Nachgeben mit Blick auf entscheidende Aspekte unseres Systems (denken wir nur an das Bankgeheimnis) werden oberhalb der Köpfe der Kantone ausgehandelt, die wenig oder nichts zu sagen haben;
- b) das zweite Übel ist die zunehmende Entfernung vom Modell des Wettbewerbsföderalismus und die Annäherung an das Modell des sogenannten

solidarischen Föderalismus. Der Binnenwettbewerb war einer der Motoren des helvetischen Wachstums und Fortschritts; und er war ein formidabler Schutzwall gegen jene Aberrationen, mit denen viele EU-Staaten und ihre überschuldeten Regionen zu kämpfen haben. Den Wettbewerbsföderalismus zu schwächen, könnte mittel- und langfristig einige bittere Überraschungen für uns bereithalten. Auch in diesem Bereich hatten die externen Druckversuche von Seiten der EU und der OECD einen vor allem negativen Effekt;

- c) das dritte Übel ist jenes Übel, das so vielen Staaten gemein ist: das Übermass an Gesetzgebung und Reglementierung, das stets die Freiheiten der Bürger und Unternehmen beschränkt. Als erschwerender Umstand kommt hinzu, dass auch wir immer mehr der Versuchung erliegen, Lebensstile auf dem Gesetzesweg festzuschreiben (Rauchen, Verkehrsverhalten etc.).

Welche Schweiz in welchem Europa?

Welche Schweiz also? Es gibt keine Alternativen: Es braucht eine Schweiz, die den Mut hat, wirklich wieder **die** Schweiz zu sein. Wettbewerbsföderalismus, halbdirekte Demokratie, Primat der Zivilgesellschaft über den Staat, also Prinzip der Subsidiarität, mehr Freiheit und Verantwortung, Unabhängigkeit, bewaffnete Neutralität, Zusammenhalt in der Verschiedenheit. Wir müssen die Schweiz nicht neu erfinden: Es reicht, die gründenden Werte unseres Landes neu zu entdecken, ebenso wie den politischen Mut, für sie einzustehen und sie kohärent anzuwenden. Und wir müssen ihnen in den Beziehungen zu anderen Ländern wieder mehr Nachdruck verschaffen, vor allem in der Beziehung zur Europäischen Union.

Diese Schweiz in welchem Europa? Wir wünschen sie uns in einem freien und einigen Europa. Aber auch hier: Einigkeit in der Verschiedenheit. Es geht um ein Europa, das zwischen sich und der EU zu unterscheiden weiss. Also auch um eine EU, die nicht beansprucht, Europa zu sein bzw. Europa erschöpfend darzustellen. Es ist nicht notwendig, dass alle europäischen Länder der EU beitreten. Im Gegenteil es ist notwendig, dass in Europa Länder ausserhalb der Union verbleiben, damit die Union nicht zu einem gossen Staatenkartell wird, das die ihr zugrundeliegenden Werte der Freiheit verrät. Die Einigkeit der Staaten darf eben gerade nicht darin liegen, dass sie eine Politik umsetzen, die die Freiheit der Bürger und Unternehmen einschränkt und die, durch die drückende Fiskallast, eines der fundamentalen Freiheitsrechte des Bürgers bedroht: den Schutz des Eigentums.

Es braucht Länder ausserhalb der EU, die, wie gesagt, ihr nicht fremd sind. Also Länder, die in den Beziehungen zu den EU-Staaten den bilateralen Weg verfolgen. Je mehr die

EU imstande und bereit ist, die ihrem Projekt zugrundeliegenden Freiheitswerte wiederzuentdecken, umso eher werden die aussenstehenden Länder, die mit der EU bilaterale Beziehungen unterhalten, den Bilateralismus ohne Furcht und Risiko verfolgen können. Und umgekehrt: je mehr die EU ihre Werte verrät, desto eher laufen aussenstehende Länder wie die Schweiz Gefahr, dieselben negativen Dynamiken wie die EU in ihrem Innern zu erleben, indem sie den bilateralen Weg gehen.

Es ist schwer zu sagen, warum die EU vom Weg einer Politik der Freiheit und der freiheitlichen Reformen abgekommen ist. Die Bürokratie von Brüssel, die oftmals als erste Ursache aller europäischen Übel angeführt wird, erklärt nicht alles und ist vielleicht nicht mal der wahre Grund. Und in der Tat – schauen wir uns die Daten an - , stellen wir fest, dass die EU-Bürokraten nicht so zahlreich sind, wie wir gerne denken. Und was die allesdurchdringende Reglementierung angeht, so stossen wir auch in unserer Legislation auf wenig erbauliche Beispiele.

Die Verirrung der EU hat zweifellos mit der schweren Krise des Finanzsystems und der Staatsverschuldung zu tun. Diese Krise hat die Staaten dazu gedrängt, eine einschüchternde und antiliberalen Politik zu verfolgen, gegenüber den Steuerzahlern und gegenüber jenen Staaten, die der Union auf diesem Weg nicht folgen wollen.

Im Tessin lesen wir in Zeitungen nicht selten von Personen, die an der Grenze von italienischen Zollbeamten festgenommen werden, nur weil sie beträchtliche Summen von Geld auf sich tragen, die dann vom Staat beschlagnahmt werden. Nur damit dies klar ist: Wir sprechen hier von unbescholtenen, ehrlichen Bürgern, die nichts mit Geldwäscherei oder organisierter Kriminalität zu tun haben. Angesichts solcher Episoden, klein in ihren Dimensionen, aber gross in ihrer Bedeutung, fragen wir uns: Was ist bloss mit dem einst so gelobten freien Verkehr des Kapitals geschehen, mit einer der vier Grundfreiheiten, auf denen die EU beruht? Warum kann ein Bürger, der eine Grenze überquert, nicht beliebig viel eigenes Geld mit sich tragen, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen? Und mit welchem Recht beschlagnahmt der Staat – in diesem Fall der italienische Staat – einen Teil jenes Eigentums?

Dies ist die EU, aber auch das Europa, das wir nicht wollen.

Der wichtigste politische Einsatz dieser Jahre wird darum in folgendem bestehen: Die Schweiz, dieses europäische Land ausserhalb der EU, das der EU nicht ganz fremd gegenübersteht, muss seine Originalität bewahren, die sich auf die Freiheit, das Zusammenleben verschiedener Sprachen und Kulturen und die Subsidiarität gründet. Die EU sollte zu den Prinzipien der Freiheit zurückkehren, die ihre Entstehung seit den 1980er

Jahren geprägt haben, als Osteuropa noch nicht frei war.

Ist ein einiges und zusammengehöriges Europa in Freiheit und Verschiedenheit möglich? Ein solches Europa ist auf jeden Fall notwendig: dies sagt uns die Geschichte unserer Totalitarismen und der Tragödien, die sie im vergangenen Jahrhundert hervorgebracht haben. Ob ein solches Europa auch möglich ist, bleibt eine Frage, die vorderhand offen bleiben muss. Für die EU und die Länder, die mit ihr bilaterale Beziehungen unterhalten, steht in diesen Jahren viel auf dem Spiel.

Entscheidend werden das politische Format und die Langfristigkeit der Ziele jener sein, die in Europa (innerhalb und ausserhalb der EU) in den kommenden Jahren regieren und regieren werden. Nach der Tragödie des Zweiten Weltkriegs ist Europa dank dem weitsichtigen Handeln grosser politischer Männer wieder auferstanden: Jeder von Ihnen hat seine eigenen Favoriten. Die geschichtlichen Veränderungen, die wir in grosser Schnelligkeit hier erwähnt haben, wurden durch die Aktion anderer grosser Männer (und Frauen) beeinflusst. Heute ist die Furcht begründet, dass Europa – abgesehen von einer oder zwei Ausnahmen – über keine politische Klasse auf der Höhe der Probleme verfügt, die sich heute stellen. Der Zerfall des Vertrauens zwischen Bürgern und Politikern ist in einigen Ländern geradezu alarmierend. Es herrscht ein diffuser Defaitismus, der nichts Gutes verspricht. Auch darum haben wir am 9. Februar entschieden, uns ein wenig von dieser EU zu entfremden. Die Spannungen, die daraus erwachsen, helfen allerdings nicht, die Situation zu verbessern.

Dennoch wäre es falsch und gefährlich, sich dem Pessimismus hinzugeben: Unser Land hat es stets vermocht, den eigenen Kurs wiederzufinden, auch in den schwierigsten und dramatischsten Situationen. Und das gilt – trotz allem – auch für Europa. Wir müssen darum bloss den Mut wiederfinden, Schweizer in Europa zu sein. Schweizer in Europa, nicht in der Europäischen Union.

Marina Masoni / 10.03.14